

Schleswig-Holsteinischer Landtag

Ausschussdienst und Stenografischer Dienst

# **N i e d e r s c h r i f t**

## **Sozialausschuss**

18. WP - 13. Sitzung

am Donnerstag, dem 7. März 2013, 13 Uhr,  
im Sitzungszimmer 142 des Landtags

### **Anwesende Abgeordnete**

Peter Eichstädt (SDP)

Vorsitzender

Heike Franzen (CDU)

Karsten Jasper (CDU)

Katja Rathje-Hoffmann (CDU)

Wolfgang Baasch (SPD)

Birte Pauls (SPD)

Dr. Marret Bohn (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Wolfgang Dudda (PIRATEN)

Flemming Meyer (SSW)

### **Fehlende Abgeordnete**

Dr. Andreas Tietze (BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN)

Anita Klahn (FDP)

Die Liste der **weiteren Anwesenden** befindet sich in der Sitzungsakte.

<b>Tagesordnung:</b>	<b>Seite</b>
<b>1. Bericht des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung über Abweisung von Patienten aufgrund von Überbelegungen in den Krankenhäusern</b>	<b>4</b>
Antrag des Abg. Karsten Jasper (CDU-Fraktion) <a href="#">Umdruck 18/831</a>	
<b>2. EEG anpassen, Stromsteuer senken - Bürger entlasten</b>	<b>8</b>
Antrag der Fraktion der FDP <a href="#">Drucksache 18/515</a>	
<b>EEG erhalten - Haushalte entlasten</b>	
Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW <a href="#">Drucksache 18/554</a> - selbstständig -	
<b>Energiewende sichern - Kosten begrenzen</b>	
Änderungsantrag der Fraktion der CDU <a href="#">Drucksache 18/557</a>	
<b>3. Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels</b>	<b>11</b>
Gesetzesentwurf der Fraktion der FDP <a href="#">Drucksache 18/508</a> (neu)	
<b>4. Situation der Tagespflege</b>	<b>12</b>
Bericht der Landesregierung <a href="#">Drucksache 18/476</a>	

**5. Familienpolitische Leistungen reformieren! 13**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/495](#)

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/551](#)

**6. Verschiedenes 15**

Der Vorsitzende, Abg. Eichstädt, eröffnet die Sitzung um 13:05 Uhr und stellt die Beschlussfähigkeit des Ausschusses fest. Die Tagesordnung wird in der vorstehenden Fassung gebilligt.

Punkt 1 der Tagesordnung:

**Bericht des Ministeriums für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung über Abweisung von Patienten aufgrund von Überbelegungen in den Krankenhäusern**

Antrag des Abg. Karsten Jasper (CDU-Fraktion)

[Umdruck 18/831](#)

Frau Langner, Staatssekretärin im Ministerium für Soziales, Gesundheit, Familie und Gleichstellung, berichtet, dass es keine Abweisungen von Patienten aufgrund von Überbelegungen in Krankenhäusern gegeben habe. Auch eine aktuelle Nachfrage bei der Krankenhausgesellschaft habe ergeben, dass dort nichts über Patienten bekannt sei, die zurückgewiesen worden seien.

Darüber hinaus mache sie folgende grundsätzliche Anmerkungen:

Verschiebungen von planbaren Begriffen oder Behandlungen kämen aus unterschiedlichsten Gründen immer wieder vor. Ein Grund könne sein, dass Teile einer Klinik kurzfristig für die Versorgung anderer Patienten zur Verfügung gestellt werden müssten, wie dies etwas bei der EHEC-Krise 2011 der Fall gewesen sei. Ein anderes Beispiel sei, wenn die Ärzte in Streit träten. Für den Fall, dass alle Plätze für etwaige Notfallaufnahmen in der Intensivstation belegt seien, melde sich das Krankenhaus bei der Rettungsleitstelle von der Notfallaufnahme ab. Notfallpatienten würden in das nächstgelegene geeignete Krankenhaus gefahren.

Zeiten einer intensiven Überbelegung oder intensiven Auslastung in Krankenhäusern in Schleswig-Holstein seien durchaus auch jahreszeitlich bedingt. Diese seien beispielsweise im Februar/März häufiger zu beobachten. Das habe nach einer intensiven Presseberichtserstattung zum Thema Überbelegung geführt. Grundsätzlich seien diese Monate diejenigen, in denen die Krankenhäuser am höchsten ausgelastet seien. Das sei auch Anlass, immer wieder mit den Krankenhäusern über aktuelle Kapazitätsengpässe zu sprechen.

Grundsätzlich sehe der Krankenhausplan eine durchschnittliche Auslastung von 86 % vor.

Der am stärksten ausgelastete Bereich sei die Innere Medizin. Dort werde seit Jahren eine Zunahme von Patientenzahlen beobachtet. Das habe auch mit dem dann demographischen Wandel zu tun. Deshalb seien die Kapazitäten im Bereich der Geriatrie massiv ausgebaut worden.

Verteilt auf das Land gesehen gebe es einige Standorte, die von Auslastungsspitzen stärker betroffen seien als andere. Darauf sei mit der Investitionsförderung und Investitionsplanung reagiert worden. Nach ihrer Auffassung komme das Land seiner Aufgabe der Sicherstellung der medizinischen Versorgung der Bevölkerung gut nach.

Es fänden intensive Gespräche mit den Krankenhäuser darüber statt, welche Maßnahmen ergriffen werden könnten, um dafür zu sorgen, dass sich Auslastungsspitzen so wenig wie möglich auswirkten. Hier nehme die Krankenhäuser mit in die Pflicht, sich im Rahmen von Investitionen, Organisation und Management darauf einzustellen, möglichst gut mit Extremsituationen umzugehen.

Ein aktuelles Problem, dass sich auch in intensiven Gesprächen mit den Krankenhausträgern herauskristallisiert habe, sei, dass die Anzahl der Infektionserkrankungen zunehme. Das führe dazu, dass mehr insbesondere kleinere Zimmer in Einzelzimmer umgewandelt werden müssten.

Abg. Dr. Bohn gibt zu bedenken, häufig würden verschiedene Sachverhalte miteinander vermengt, die zeitgleich aufträten. So führe beispielsweise auch der hohe wirtschaftliche Druck in den Krankenhäusern in Schleswig-Holstein dazu, die Kapazitäten so gut wie möglich auszunutzen. Sie halte die Situation, dass Patienten teilweise auf dem Flur lägen, für unhaltbar. Die organisatorischen Abläufe in den Krankenhäusern seien allerdings bis zum Limit ausgereizt. Man müsse sich darauf einstellen, dass solche Situationen zunähmen. Deshalb seien Lösungen für die Krankenhäuser notwendig. Sie plädiert an die anderen Fraktionen, ihren Einfluss auf Bundesebene geltend zu machen, um zu einen bundeseinheitlichen Basisfallwert zu kommen.

Auf eine Frage des Abg. Baasch antwortet Staatssekretärin Langner, die Meldungen durch der Belegungen durch die Krankenhäuser seien Grundlage für die Investitionsförderung.

Auch Abg. Dudda hält es für notwendig, einen bundeseinheitlichen Basisfallwert einzuführen. Außerdem sei es sinnvoll, die Multimorbidität künftig mehr zu berücksichtigen. Er stellt die Frage, ob es Erkenntnisse zwischen einer Korrelation des fehlenden Grippeimpfstoffes im

Herbst 2012 mit der aktuellen Krankheitswelle gebe. Festzustellen sei auch ein hoher Krankenstand bei den Pflegenden, was die Situation in den Krankenhäusern verschärfe.

Staatssekretärin Langner erwidert, es gebe keinen Hinweis darauf, dass die diesjährige Grippeperiode deutlich von der in den Vorjahren abweiche. Allerdings sei die Impfbereitschaft in der Bevölkerung geringer gewesen als in den Vorjahren.

Sie halte die von Abg. Dudda geschilderte Situation bezüglich des Krankenstandes bei den Pflegekräften für schwierig, könne sie allerdings nicht nachprüfen. Ob es einen Zusammenhang zwischen Krankheitsstand und Auslastungsspitzen gebe, könne sie nicht beurteilen. Sie gehe allerdings davon aus, dass es zu einer Extrembelastung für das Personal wegen nicht ausreichender finanzieller Mittel komme. Dass mit einer solchen Situation ein hoher Krankenstand beim Personal einhergehe, sei allgemein bekannt.

Auf eine Nachfrage des Abg. Jasper erläutert Staatssekretärin Langner, die Investitionen in schleswig-holsteinischen Krankenhäusern bewegten sich in den letzten zehn Jahren auf relativ konstantem Niveau.

Punkt 2 der Tagesordnung:

### **EEG anpassen, Stromsteuer senken - Bürger entlasten**

Antrag der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/515](#)

### **EEG erhalten - Haushalte entlasten**

Änderungsantrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/554](#) - selbstständig -

### **Energiewende sichern - Kosten begrenzen**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/557](#)

Abg. Dr. Bohn erkundigt sich nach dem derzeitigen Sachstand. Frau Nestle, Staatssekretärin im Ministerium für Energiewende, Umwelt, Landwirtschaft und ländliche Räume, erinnert daran, dass bis zum 21. März 2013, dem Energiegipfel bei der Bundeskanzlerin, die Verhandlungen abgeschlossen sein müssten. Derzeit werde ausgelotet, bei welchen Punkten Einvernehmen bestehe, dass diese bis zum Bundestagswahl noch im Vorwege geändert würden und welche bis nach der Wahl verschoben würden. In Vorbereitung des Energiegipfels finde in der nächsten Woche ein Gespräch bei Minister Altmaier mit einigen Bundesländern statt; Schleswig-Holstein sei vertreten. Grundsätzlich zeigten sich alle Bundesländer konstruktiv und seien bereit, Abstriche zu machen und zu verhandeln. Ihr Eindruck sei, dass die Chancen nicht schlecht seien, noch vor der Bundestagswahl einige Punkte zu regeln.

Abg. Rathje-Hoffmann fragt, wie hoch der einzusetzende Betrag sei, sodass die Strompreise stabil blieben. Staatssekretärin Nestle legt dar, Bundesminister Altmaier spreche immer von einer Strompreispbremse, befasse sich in der Sache allerdings immer nur mit der EEG-Umlage. Auch wenn der von ihm gemachte Vorschlag umgesetzt würde, wäre nicht sicher, dass der Strompreis stabil bleibe. Folge wäre möglicherweise auch ein Ausbaustop alternativer Energien. Unter dem Strich würde es nach ihrer Einschätzung teurer, die Ziele der Energiewende zu erreichen. Alle derzeit geführten Verhandlungen drehten sich um die EEG-Umlage, nicht



um die Strompreise. Das von Minister Altmaier genannte Ziel der Einsparung im Rahmen der EEG-Umlage betrage 2 Milliarden €

Abg. Dr. Garg erkundigt sich nach den Vorstellungen der Staatssekretärin von Instrumentarien zur Stabilisierung des Strompreises. Staatssekretärin Nestle verweist darauf, dass Minister Dr. Habeck einen Vorschlag gemacht habe, wie 2 Milliarden € eingespart werden könnten, nämlich durch das Zurückfahren von Privilegien bei der Industrie. Für wichtig halte sie insbesondere die Schaffung von Anreizen für Privathaushalte. Die schleswig-holsteinische Landesregierung versperre sich auch nicht, die Vergütung von Windkraft in windreichen Gegenden ein Stück weit zu kürzen. Damit werde aber nicht wirklich Geld gespart, denn Windenergie sei der Bereich von Energie, mit dem am günstigsten Strom erzeugt werden könne.

Abg. Dr. Garg erkundigt sich danach, was aus Sicht der Landesregierung erforderlich sei, um zu einer Strompreisstabilisierung zu kommen, und ob die genannten Maßnahmen dafür ausreichend seien. Staatssekretärin Nestle antwortet, es wäre unseriös zu behaupten, dass die Strompreise nicht weiter stiegen, wenn bestimmte Maßnahmen durchgeführt würden. Der Strompreis setzt sich aus vielen unterschiedlichen Komponenten zusammen.

Abg. Dudda spricht eine Entlastung von einkommensschwachen Haushalten über den Weg von Strompreisen an. Staatssekretärin Nestle hält niedrige Strompreise für die Entlastung von einkommensschwachen Haushalten nicht für geeignet. Potentiell hätten einkommensschwache Haushalte einen geringeren Stromverbrauch als einkommensstärkere. Durch Subventionen würden also reichere Haushalte mehr gefördert als ärmere. In diesem Zusammenhang weist sie darauf hin, dass die größten Preissteigerungen in den Bereichen stattgefunden haben, die auf fossile Brennstoffe angewiesen seien, beispielsweise Heizung.

Der Ausschuss gibt an den federführenden Umwelt- und Agrarausschuss folgende Empfehlung ab:

- Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Energiewende sichern - Kosten begrenzen, [Drucksache 18/557](#), mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, FDP, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU.
- Ablehnung des Antrags der Fraktion der FDP, EEG anpassen, Stromsteuer senken - Bürger entlasten, [Drucksache 18/515](#), mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der FDP bei Enthaltung der CDU.

- Annahme des für selbstständig erklärten Änderungsantrags der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, EEG erhalten - Haushalt entlasten, [Drucksache 18/554](#), mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP.

Punkt 3 der Tagesordnung:

**Entwurf eines Gesetzes zur Neuordnung des Glücksspiels**

Gesetzentwurf der Fraktion der FDP

[Drucksache 18/508](#) (neu)

(überwiesen am 20. Februar 2013 an den **Innen- und Rechtsausschuss**, den Finanzausschuss und den Sozialausschuss)

Der Ausschuss kommt überein, sich dem vom ebenfalls beteiligten Finanzausschuss gewählten Verfahren anzuschließen und nach Vorlage der Zahlen zu den Einnahmen aus der Glücksspielabgabe im ersten Quartal 2013 die Beratung fortzusetzen. Außerdem wird der federführenden Innen- und Rechtsausschuss gebeten, den Landesfeuerwehrverband zum Förderbedarf zu befragen.

Punkt 4 der Tagesordnung:

**Situation der Tagespflege**

Bericht der Landesregierung

[Drucksache 18/476](#)

(überwiesen am 22. März 2013)

Der Ausschuss kommt überein, schriftliche Stellungnahmen einzuholen. Anzuhörende sollen gegenüber der Geschäftsführung bis zum 22. März 2013 benannt werden. Als Frist bis zur Abgabe der Stellungnahme wird Ende April 2013 festgelegt.

Der Ausschuss kommt ferner überein, nach Möglichkeit den Bildungsausschuss in die Beratungen einzubeziehen.

Punkt 5 der Tagesordnung:

**Familienpolitische Leistungen reformieren!**

Antrag der Fraktionen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW

[Drucksache 18/495](#)

**Ergebnisse der Gesamtevaluation, der ehe- und familienpolitischen Leistung zur Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen nutzen!**

Änderungsantrag der Fraktion der CDU

[Drucksache 18/551](#)

(überwiesen am 21. Februar 2013)

Abg. Dudda bezieht sich auf den Antrag der Koalition, Ergebnisse der Gesamtevaluation, der ehe- und familienpolitischen Leistung zur Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen nutzen, und macht deutlich, dass das darin erwähnte Gutachten bisher nicht bekannt sei. Er beantragt, die Beratungen zurückzustellen.

Abg. Dr. Garg argumentiert dahin, dass, würden die unter den Spiegelstrichen aufgeführten Maßnahmen verwirklicht, eine Reihe von Leistungen betroffen seien, beispielsweise würde dies zur Abschaffung der Witwen- und Waisenrente führen. Aus diesem Grund würde er bei einer Abstimmung in dieser Sitzung gegen den Antrag stimmen. Er schlägt vor, die Vorlage des Gutachtens abzuwarten und in interfraktionelle Gespräche einzutreten, um den Antrag der Koalition gegebenenfalls zu überarbeiten.

Abg. Baasch äußert seine Auffassung, dass die mit dem Koalitionsantrag verfolgte Stoßrichtung von allen geteilt werde, deshalb spreche er sich für Abstimmung in der Sache aus. Auch seine Fraktion würde die Vorlagen des Gutachtens aus dem Bundesministerium begrüßen; diese Forderung zu unterstützen, diene der letzte Satz in der Begründung. Die unter den Spiegelstrichen aufgeführten Forderungen stammten aus der gegenwärtigen aktuellen politischen Diskussion. Die Koalition verspreche sich durch die Veröffentlichung des Gutachtens eine Unterstützung dieser Forderungen.

Der Antrag des Abg. Dudda, die Beratungen zurückzustellen, wird mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und SSW gegen die Stimmen von CDU, FDP und PIRATEN abgelehnt.

Der Ausschuss empfiehlt dem Landtag sodann, wie folgt zu beschließen:

- Ablehnung des Änderungsantrags der Fraktion der CDU, Ergebnisse der Gesamtevaluation, der ehe- und familienpolitischen Leistungen zur Entwicklung von politischen Handlungsempfehlungen nutzen!, [Drucksache 18/551](#), mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen der CDU bei Enthaltung der FDP.
- Annahme des Antrags der Fraktion von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN und der Abgeordneten des SSW, familienpolitische Leistungen reformieren!, [Drucksache 18/495](#), mit den Stimmen von SPD, BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN, PIRATEN und SSW gegen die Stimmen von CDU und FDP.

Punkt 6 der Tagesordnung, **Verschiedenes**, liegt nichts vor.

Der Vorsitzende, Abg. Eichstädt, schließt die Sitzung um 14:10 Uhr.

gez. Peter Eichstädt

Vorsitzender

gez. Petra Tschanter

Geschäfts- und Protokollführerin